

die sich durch einen hohen Fettgehalt auszeichnen. Die Ver-
tranung wird durch den Luftsauerstoff bewirkt und durch Licht,
Feuchtigkeit und Wärme gefördert. —

Oberregierungsrat Dr. W. Meißner, Berlin: „*Verände-
rungen der Materie bei tiefen Temperaturen.*“

Vortr. bespricht den Einfluß tiefer Temperaturen auf die
physikalischen Eigenschaften der Stoffe, Forschungen, die im

Kältetechnischen Laboratorium der Physikalisch-Technischen
Reichsanstalt in Charlottenburg und auch an anderen Instituten
durchgeführt wurden bei Temperaturen bis -272° . —

Direktor Laurin, Stockholm: „*Entwicklung der Elektro-
lux-Kühlapparate, System von Platen-Munters.*“ — Prof. Dr.
Lichtenberger, Kiel: „*Die Kälte in der Milchversor-
gung.*“ —

GESETZE, VERORDNUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN

**Eine Übersicht über die Gesetzgebung des Deutschen
Reiches auf dem Gebiete des Verkehrs mit Lebens-
mitteln und Bedarfsgegenständen** bringt Nr. 26 des Reichs-
gesundheitsblattes vom 29. Juni 1932 nach dem Stande vom
15. Juli 1932. Einbegriffen in diese Zusammenstellung sind
auch diejenigen Gesetze und Verordnungen, die diesen Ver-
kehr nur wenig oder nur mittelbar berühren.

Merres. [GVE. 42.]

Die Rechtsstellung der weiblichen Beamten ist durch
Gesetz vom 30. Mai 1932 (Reichsgesetzbl. I, S. 245) neu
geregelt. Weibliche Beamte können danach jederzeit auf
ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden.
Die vorgesetzte Dienstbehörde kann die Entlassung auch
ohne diesen Antrag verfügen, wenn die wirtschaftliche
Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des
Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Diese Siche-
rung ist stets gegeben, wenn der Ehemann unkündbar an-
gestellter Beamter ist. In anderen Fällen soll die Entscheidung
einer Schiedsstelle eingeholt werden, aber diese entscheidet
nicht endgültig, sondern die Oberste Reichsbehörde. Die ent-
lassene Beamtin erhält eine Abfindung. Merres. [GVE. 43.]

Österreich. Durch Verordnung des Bundesministers für
Handel und Verkehr vom 9. März 1932 sind auf dem Gebiete
des Patentwesens erhöhte Gebühren festgesetzt worden. (Blatt
für Patent-, Muster- und Zeichenwesen 1932, S. 119.)

R. Cohn. [GVE. 38.]

**Zum Begriff des „Öffentlichen Interesses“ an der
Zusprechung einer Zwangslizenz.** Eine der Voraussetzungen
für die Belastung eines Patentes mit einer Zwangslizenz ist,
daß hieran ein öffentliches Interesse besteht. Dieses öffentliche
Interesse muß nicht nur in sachlicher Hinsicht nachgewiesen
werden, sondern es muß dargetan werden, daß es gerade in der
Person desjenigen verkörpert wird, der die Zwangslizenz be-
antragt.

Das öffentliche Interesse ist in letzterer Beziehung zu ver-
neinen, wenn der Zwangslizenzkläger überhaupt die Zwangs-
lizenz nicht für eigene Rechnung ausnutzen kann. In dem zu
entscheidenden Falle hat die Zwangslizenzklägerin, eine Kom-
mandit-Gesellschaft, ihren technischen Betrieb auf eine Gesell-
schaft mit beschränkter Haftung übertragen und verfolgt ledig-
lich noch die schwebenden Rechtsstreitigkeiten. Das Reichs-
gericht entschied (25. November 1931), daß unter solchen Um-
ständen ein öffentliches Interesse, ihr eine Erlaubnis zur Patent-
benutzung zu erteilen, nicht bestehen kann. (Markenschutz u.
Wettbewerb 1932, S. 150.)

R. Cohn. [GVE. 24.]

**England. Über den Umfang von Patentanmeldungen,
die unter Inanspruchnahme einer ausländischen Priorität
eingereicht werden.** Die Bedingungen für die Einreichung
von Patentanmeldungen mit Unionspriorität waren in England
bis vor einiger Zeit sehr streng. Die englische Anmeldung
mußte sich genau an die Form der ursprünglichen Vor-
anmeldung halten, stellte also im wesentlichen lediglich eine
Übersetzung des Prioritätsbeleges dar. Neue Ausführungs-
beispiele oder abweichende Ausführungsformen durften nicht
aufgenommen werden; selbst geringfügige Abänderungen der
zahlenmäßigen Angaben wurden beanstandet. Durch zwei
wichtige Entscheidungen des Solicitor General ist diese Praxis
vollständig geändert worden.

Zunächst wurde anerkannt, daß der Inhalt einer Unions-
Prioritäts-Voranmeldung nicht nur nach den Ansprüchen,
sondern der ganzen Beschreibung zu beurteilen ist. Alles, was

irgendwie in der Beschreibung der älteren Anmeldung unter-
gebracht ist, kann daher in England beansprucht werden.

Noch viel weitergehend ist eine Entscheidung vom 10. No-
vember 1931, die zum ersten Male die Möglichkeit zuläßt, daß
mehrere Unionsvoranmeldungen in eine einzige zusammen-
gefaßt werden, wobei die zusammengezogene Anmeldung das
Datum der frühesten Voranmeldung erhält. In der Begründung
wird ausgeführt, daß eine ausländische Anmeldung ähnlich an-
gesehen werden müsse wie eine britische Provisional Specifi-
cation. Bekanntlich kann in England selbst die Priorität einer
Anmeldung durch Einreichung einer provisorischen Anmeldung
begründet werden, die innerhalb einer gesetzlich festgesetzten
Frist dann komplettiert werden muß. Die Komplettierung darf
zwar nicht über den eigentlichen Erfindungsgegenstand, soweit
er in der provisorischen Anmeldung niedergelegt ist, hinaus-
gehen; es ist jedoch zulässig, in tatsächlicher Hinsicht die An-
gaben in reichem Maße zu ergänzen. Es wurde nun anerkannt,
daß mehrere ausländische Anmeldungen dann für die Zwecke
der Nachanmeldung in England in eine einzige Anmeldung zu-
sammengezogen werden können, wenn sie untereinander etwa
in dem gleichen Verhältnis stehen wie eine englische Provi-
sional und Complete Specification, d. h. wenn die jüngere aus-
ländische Anmeldung keine Erweiterung der Erfindung, sondern
nur eine Vervollständigung der Angaben bedeutet, also eine
gesetzmäßige Weiterentwicklung.

Diese neue Praxis bedeutet besonders dann eine große
Erleichterung, wenn, wie es in Deutschland bei chemischen Er-
findungen vielfach geschieht, der Erfindungsgegenstand in
den ursprünglichen Anmeldungsunterlagen nur notdürftig be-
schrieben wird und exaktere Angaben durch die Nachreichung
von Ausführungsbeispielen erst später im Laufe des Prüfungs-
verfahrens genächt werden. Derartige spätere Angaben
werden in Zukunft in die englische Nachanmeldung aufgenom-
men werden können. (Gewerblicher Rechtsschutz und Urheber-
recht 1931, S. 363, und Mitteilungen vom Verband Deutscher
Patentanwälte 1932, S. 85.)

R. Cohn. [GVE. 39.]

**Eine wissenschaftliche Bezeichnung kann ausnahms-
weise als Warenzeichen eingetragen werden.** Die Be-
schwerdeabteilung I des Patentamtes hat in einer Entscheidung
vom 15. März 1932 ihre frühere Stellungnahme zur Eintragbar-
keit des Wortes „Insulin“ bestätigt. Dieses Zeichen ist durch
Entscheidung der gleichen Beschwerdeabteilung vom 15. Januar
1926 eingetragen worden, nachdem festgestellt worden war, daß
sich das Wort „Insulin“ zur Zeit der Anmeldung als Individual-
zeichen für die Anmelderin durchgesetzt hatte. Diese Durch-
setzung wurde anerkannt, obgleich das Wort „Insulin“ schon
früher mehrfach in wissenschaftlichen Zeitschriften erwähnt
worden war.

Gegen das eingetragene Zeichen wurde mit Löschungs-
anregung vorgegangen, die ein erstes Mal durch Entscheidung
der Beschwerdeabteilung I vom 2. Februar 1929 zurückgewiesen
wurde. Eine zweite Löschanregung hat ihr Ende durch
die erwähnte Entscheidung vom 15. März 1932 gefunden. Es
steht danach fest, daß der Verkehr zur Zeit der Anmeldung
des Wortes „Insulin“ unter den hiermit gekennzeichneten
Waren ausschließlich solche verstanden hat, die aus dem Ge-
schäftsbetrieb der Anmelderin herstammten.

Zu bemerken ist, daß die Beschwerdeabteilung Erwägungen
darüber angestellt hat, ob etwa die Eintragung des Wortes
„Insulin“ eine unzulässige Beschränkung der beteiligten Ver-
kehrskreise darstellt, was dann der Fall wäre, wenn es tatsäch-
lich unmöglich wäre, ein Insula-Erzeugnis ohne die Benutzung
des Wortes „Insulin“ in Verkehr zu bringen. Es wurde jedoch
festgestellt, daß diese Bezeichnung nicht unentbehrlich ist.

GESETZE, VERORDNUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN (Fortsetzung).

(Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen 1926, S. 211; 1932, S. 125. Mitteilungen vom Verband Deutscher Patentanwälte 1929, S. 27.)
R. Cohn. [GVE. 41.]

Lysol keine Beschaffenheitsangabe. Daß das Warenzeichen „Lysol“ in Deutschland die Eigenschaft eines Warenzeichens behalten und sich nicht zum freien Warennamen entwickelt hat, ist mehrfach festgestellt worden. Die gleiche Feststellung ist durch Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 9. Dezember 1931 auch für die Schweiz getroffen worden. Die Klage eines widerrechtlichen Benutzers des Wortes „Lysol“ auf Aberkennung des Schutzes der Marke „Lysol“ für die Schweiz wurde abgewiesen. — Der Kampf um die Marke „Lysol“ ist ein lehrreiches Beispiel dafür, daß ein Warenzeichen durch energische Abwehr seitens des Inhabers als solches erhalten bleibt, obgleich der Verkehr die Vorstellung eines ganz bestimmten Stoffes mit diesem Namen verbindet. Nimmt der Zeicheninhaber in solchem Fall seine Rechte nicht wahr, so bildet sich der Name zu einer echten Stoffbezeichnung um, die dann dem Zeichenschutz nicht mehr zugänglich ist, wie es z. B. in den Fällen Vaseline und Lanolin geschehen ist. (Markenschutz und Wettbewerb 1932, S. 211.)
R. Cohn. [GVE. 40.]

Zur Haftpflicht eines Generaldirektors. Das Oberlandesgericht Darmstadt hat in einer Revisionssache (Urteil des Strafsenats vom 19. Juni 1931, S. 50/31) den Grundsatz aufgestellt, ein Generaldirektor könne nicht für alle Einzelheiten des Gesamtbetriebes verantwortlich gemacht werden. In einem großen Unternehmen habe der Generaldirektor so zahlreiche Aufgaben, daß ihm nicht die Prüfung und Überwachung jeder Einzelanordnung zuzumuten ist. Bei Gesetzesänderungen habe er seiner Pflicht genügt, wenn er die in Betracht kommenden nachgeordneten Stellen entsprechend anweist. Kame trotzdem eine Übertretung vor, so trafe den Generaldirektor kein Verschulden.

Im vorliegenden Falle handelte es sich um die Anklage gegen den Generaldirektor einer großen Brauerei, der wegen der unvorschriftsmäßigen Benutzung des Anhängers eines Lastkraftwagens durch einen Angestellten herangezogen und durch den Vorderrichter verurteilt worden war. *Merres.* [GVE. 44.]

Form der Kündigung. Häufig entstehen Meinungsverschiedenheiten, wenn die durch Tarif- und Einzelvertrag vorgeschriebene Form für den Ausspruch der Kündigungserklärung nicht eingehalten wird. Das Reichsarbeitsgericht hat in einer ausführlichen und lehrreichen Entscheidung (RAG. 568/30 in

Juristische Wochenschrift 1932, Heft 23, S. 1672) dazu Stellung genommen:

Im Tarifvertrag war bestimmt: „Alle Kündigungen haben schriftlich zu erfolgen.“ Diese Vorschrift wird zum unabdingbaren Inhalt des Einzelarbeitsvertrags (Normativcharakter) und hat die Wirkung einer vertraglich vereinbarten Form im Sinne des § 127 BGB. Eine durch Vertrag vereinbarte Schriftform kann verschiedenen Zweck haben: Entweder sie soll Erfordernis der Gültigkeit sein (dies ist im Zweifel kraft der Bestimmung des § 125, S. 2 BGB. anzunehmen), oder sie soll lediglich Beweis Zwecken dienen; im ersteren Falle ist bei Nichteinhaltung der Formvorschrift die Kündigung nichtig, im letzteren an sich wirksam. Wenn die gesetzliche Vermutung der Unwirksamkeit der formlosen Erklärung entkräftet werden soll, so müssen dafür besondere Umstände vorliegen. Bei der fraglichen Tarifbestimmung liegt jedoch der Nachdruck auf der Schriftlichkeit der Kündigungserklärung als solcher; die mündliche Kündigung ist daher nichtig. (Nur Beweis Zweck hat z. B. die Vereinbarung der Schriftform, daß die Mitteilung der Kündigung durch eingeschriebenen Brief erfolgen soll, weil hier der Nachdruck auf der Führung des Beweises für das Vorliegen der Kündigung liegt.)

Es waren aber noch zwei weitere, praktisch wesentliche Fragen zu prüfen: 1. Ob in der widerspruchsfreien Entgegennahme der mündlichen Kündigung ein stillschweigender Verzicht (entsprechend wie beim nachträglichen Verzicht auf Tarifgehalt) auf die Schriftform „durch nachträgliche stillschweigende vertragliche Aufhebung der Formabrede zu finden ist“. Während für den Fall, daß die Schriftform nur im Einzelvertrag vereinbart ist, ein solcher Verzicht nach allgemeinen Grundsätzen angenommen werden kann, hält das RAG. eine derartige Annahme für bedenklich, wenn die Schriftform durch den Tarifvertrag festgesetzt ist. Im vorliegenden Falle kam ein Verzicht deshalb nicht in Frage, weil dem Angestellten die Tarifbestimmung unbekannt war; zur Annahme eines Verzichts ist erforderlich, daß wenigstens mit der Möglichkeit des Bestehens des aufzugebenden Rechtes gerechnet worden ist. 2. Ob eine vertragsmäßige Aufhebung des Anstellungsverhältnisses erfolgt war. Dies war ebenfalls zu verneinen: Wenn die Angestellte „aus Unkenntnis, daß die Kündigung unwirksam war, sich zustimmend verhielt, so bezog sich ihr Verhalten auf die vermeintliche Kündigung, nicht aber auf eine beiderseitige und freiwillige Aufhebung des Vertragsverhältnisses“.

A. Grombacher. [GVE. 45.]

RUNDSCHAU

Zum Ausbau des Institutes für anorganische Chemie der Universität Göttingen sind von der Rockefeller-Stiftung 200 000 RM. zur Verfügung gestellt worden. (24)

Förderung der Farbe im Stadtbild. Der Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild e. V., Wandsbek, Schimmelmannstraße 19, hat in einer Reihe von Wissenschaft und Praxis gemeinsam geschaffenen technischen Merkblättern die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts auf dem Gebiete farbiger Baubehandlung, wissenschaftlicher Forschungs- und praktischer Prüfungsarbeiten herausgegeben.

Merkblätter: „Anstrichbindemittel“, „Fassadenfarben“ (welches jetzt auch vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen anerkannt und herausgegeben worden ist), die beiden „Berichte über die Umfrage des Bundes an sämtliche Stadtbauverwaltungen, Regierungen und staatlichen Behörden über die Erfahrung mit den verschiedenen Werkstoffen und Verfahren der Farbgebung“ (Berichterstatte Prof. Dr. Hans Wagner, Stuttgart), „Sgraffitotechnik“, „Farbige Trockenmörtel“.

Richtlinien: „Farbige Behandlung von Putzbauten“, „Farbige Behandlung von Fachwerkbauten“.

„Faltkarte mit den Grundtönen für den farbigen Hausanstrich.“

Merkblätter und Richtlinien unentgeltlich durch die Geschäftsstelle des Bundes. Preis der Faltkarte 2,— RM. (22)

Die DECHEMA, Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen e. V., hat einen Tätigkeitsbericht für das Jahr

1931 herausgegeben, der kostenlos von der Geschäftsstelle, Seelze b. Hannover, zu beziehen ist. (23)

Glasbläserkursus. Die Thüringische Landesfachschule für Glasinstrumententechnik in Ilmenau veranstaltet für Studierende der Naturwissenschaften vom 1. bis 20. August 1932 — nach Schluß des Sommersemesters — einen dreiwöchigen Kursus für Glasblasen, der durch Vorträge über die praktische Handhabung der Glasapparaturen und Besichtigungen von glasverarbeitenden Betrieben erweitert wird. Höchstzahl der Teilnehmer: 20. Anmeldungsschluß 15. Juli. Kursusgebühr 35 RM. Billige Wohnungen, 15—20 RM., werden durch die Geschäftsstelle vermittelt. (21)

Ergänzungsbücher zum Deutschen Arzneibuch. In der pharmazeutischen Literatur sowie in den Preislisten der pharmazeutischen Industrie und des pharmazeutischen Großhandels ist für die vom Deutschen Apotheker-Verein herausgegebenen Ergänzungsbücher zum Deutschen Arzneibuch vielfach die abgekürzte Bezeichnung D. A. V. (mit der Nummer der betreffenden Ausgabe des Ergänzungsbuches) üblich. Da sich durch diese Abkürzung, insbesondere in Preislisten der Industrie und des Großhandels für Präparate, die den Vorschriften des Ergänzungsbuchs entsprechen, Verwechslungen mit den Präparaten des Spezialitätenunternehmens des Deutschen Apotheker-Vereins, die ebenfalls mit der Abkürzung D. A. V. bezeichnet werden, ergeben haben, bittet der Deutsche Apotheker-Verein, in Zukunft für das Ergänzungsbuch zum Deutschen Arzneibuch die Abkürzung Erg. B (mit der Nummer der betreffenden Ausgabe, also für die 5. Ausgabe des Ergänzungsbuchs die Abkürzung Erg. B. 5) gebrauchen zu wollen. (19)